

durch die vieldeutigen Klauseln des Völkerbundes den Erbtreitungen über die Sicherheit vorausgeht. Am ersteren Tage würden wir bereits in dem Vertrage eine Anerkennung des deutschen Anspruchs auf Verbesserung unserer Grenzen erhalten und hätten dann in dem Art. 19 des Völkerbundes die Grundlage zur Revision unmöglicher Verträge. Bei unserer vorliegenden Verpflichtung auf den Völkerbund aber würden wir nicht die geringste Garantie erhalten, daß der Sicherheitsvertrag in unserem Sinne zuhande käme. Und wenn entweder die französische Presse hervorhebt, daß ein deutscher Eintritt in den Völkerbund auch für den Deutschen eine förmliche Anerkennung des Status quo, wie er in Verträgen festgelegt wurde, bedeuten müßte, so liegt hierin nach wie vor der Kern der ganzen Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbund. Der Völkerbundspakt ist nach dem ausdrücklichen Willen der Siegerstaaten, obwohl Deutschland nicht einmal zugelassen wurde, ein integratorischer Beschlüssel des Versailler Paktos, an dessen Seite er sogar gestellt wurde. Eine jede Garantie gegen eine solche Ausdehnung wäre also der deutsche Eintritt in den Völkerbund eine zweite und decimal freiwillige Anerkennung des Versailler Paktos, die von Frankreich zweifellos ebenso in seinem und dem Interesse seiner Vasallen ausgeübt wurde wie der Artikel 19 des Völkerbundes, in dem alle Mitgliedsstaaten seiterlich den gegenwärtigen Vertrag garantieren. Diese Tatsachen stehen dem einzigen für uns wertvollen Artikel 19 über eine Revisionssmbalfeit gegenüber, dessen Bedeutung für uns nicht nur wegen der unbedingt bestehenden Gefahr einer antideutschen Einstellung des französischen Schiedsgerichts sondern allein dadurch, daß recht irrgärdig ist, weil Frankreich vorher die Anerkennung des Versailler Paktos fordert.

Die Sicherheitspakt, der uns eine Grenzregulierung im Osten gewährleistet, könnte uns vielleicht veranlassen, den Eintritt in den Völkerbund hinzunehmen. Eine Mitgliedschaft im Völkerbund ohne Garantien dafür, ist für uns nicht nur wertlos, sondern im höchsten Grade gefährlich, weil durch sie nur neue unerträgliche Fesseln entstehen. Im übrigen ist es ein großer Täuschungsmanöver, wenn der Völkerbundsrat in seiner Note in langwierigen Ausführungen die deutsche Gleisberechtigung im Bund als eine gegebene Tatsache hinstellt und daran die Verpflichtung zur Teilnahme an den Völkerbundsfunktionen verleiht. Auch hierbei enthebt ihn die lange zurückliegende Formulierung der deutschen Antwort einer sehr peinlichen Antwort. Denn später als die deutschen Fragen darüber die geradezu unerhörten Abschlüsse der Völkerbundsklausen über die künftige Gestaltung der Militärkontrolle des Völkerbundes in den besetzten Staaten, die nicht nur die entehrnde Kontrolle verevigen, nicht nur den Reichswehr-Teil mit der Leitung derständigen Kommission in Berlin berücken, sondern endgültig jede Legende von einer Gleisberechtigung der einzelnen Staaten im Völkerbund zerstreuen. Die Kriegsspinne triumphiert, wiedererstellt siegt sie Sieger und Besiegte, und das umworbene Deutschland gehört zu den Mitgliedern zweiter Ordnung! Nunmehr kann man die vorläufig nur vertragten Pläne ständiger, gegenüber denen in Deutschland in ihren Bezugnissen noch erweiterter Kontrollorgane im Rheinland hinzu, ohne daß von irgendwelchen Raummaßnahmen die Rede ist, so runder sich das Bild der Gefahren, die mit dem Eintritt in den Völkerbund verknüpft sind. Wir stehen damit einem äußerst bedrohlichen Auftrag Frankreichs gegenüber, dem England kaum mehr zu können wird. Wenn es der deutschen Politik gelingen wäre, die Frage eines Sicherheitspaktes vor unserer Entscheidung über den Völkerbund zu regeln, so hätten sich vielleicht manche Bedenken ausbalten lassen, die jetzt nur durch die reale Garantie vor unserem Beitritt in den Völkerbund gemildert werden können. Garantien über die Saarlondebeteiligung, über eine Revision der Ostgrenzen, die sogar "Republique d'Italia" forderte, und über unsere wirkliche Gleisberechtigung. Zweifellos werden dadurch die Verhandlungen mit den Völkerbundspartnern recht bedeutend kompliziert, weil wir legale Endes gezwungen sind, die schwierigen Satzungsverhandlungen, denen die Entente aufschieden wollte, dadurch wenigstens in ihren Grundvorstellungen. Aber man lasse sich auf keinen Fall durch die bis zur Gewissheit betonten formalen Bedenken des Völkerbundes, daß der Artikel 1 einen bedingungslosen Beitritt verlangt, einschüren. Werde der Völkerbund es noch nie über formale Rechtsfäden gekämpft, er hat eben erst die anfangs hartnäckig verwandte Sicherung einer Marschroute für Deutschland ausgeschlossen, und man braucht auch durchaus nicht in offiziellen Noten zu fordern, was man in Verhandlungen mit den Räublinnen in Paris und London durchsetzen muß. Eins werden wir immerhin festhalten müssen: Wir haben keine Güte, und in den Völkerbund zu drängen, haben vielmehr durchaus ein Recht, darauf zu bestehen, daß nur das Verhältnis des Völkerbundes zu uns bereits wesentlich verändert hat. Und wenn man heute sieht, wie sich die Freiheit in Paris und London bewegt, und Vortriebe in Ausland zu hellen, die nach französischer Ansicht auf Kosten Englands in Kolonien, nach englischer Auffassung gegen Frankreich an der deutschen Eliten liegen sollen, so haben wir offenbar das geringste Interesse daran, die weitere Entwicklung zu forcieren.

Englisches Liebeswerben.

London, 16. März. In einem „Deutschland und der Völkerbund“ überzeichneten Leitartikel bezeichnet „Plan-Heute“ den „Guardian“ die Antwortnote des Völkerbundsrates an Deutschland als das hoffnungsvolle Stück Arbeit, daß der Rat in seiner letzten Tagung vollendet habe. Deutschland sei jetzt eines standigen Sieges im Rate sicher, an dem es seine internationale Stellung berechte. Das Blatt ist hinsichtlich des Artikels 16 des Völkerbundesabkommen der Meinung, daß es völlig unbedenklich wäre, Deutschland ungewöhnliche Vorteile zu gewähren. In der Antwortnote des Völkerbundsrates würden jedoch Deutschlands Schwierigkeiten angesprochen. Die Antwort sei augenscheinlich „in einem Geiste aufrüttigter Heraldeit“ verfaßt und von dem Wunsche eingegeben worden, ein neues Blattstiel des Völkerbundes anzuführen. Da nicht viel Aussicht dafür bestehe, daß der Völkerbund irgendeiner Macht schwere Verpflichtungen auferlege, beworbt ein Artikel gefordert sei, lämen Deutschlands Befürchtungen „zunächst“ nicht in Betracht. Deutschland werde gut daran tun, wenn es um seine Mitgliedschaft nachfragen. Deutschlands Interessen würden sicher mehr förderbar werden, wenn es in der Lage sei, sie in Genf zu vertreten, als wenn es außerhalb des Bundes bliebe und dadurch eine große Lücke in dem System des Völkerbundes lasse. Wie steht er daher, sei es in gut unterrichteten Kreisen immer als unvermeidlich betrachtet worden, daß Deutschland „erst“ werden müsse, seine Mitgliedschaft an bestimmten, ohne Bindungen aufzustellen. Die Note des Völkerbundes sei so gehalten, daß sie in seiner Weise auf Deutschlands Haltung in der Frage des Beitritts zum Völkerbund einwirken würde. (W. T. V.)

Die Diskussion über Chamberlains Politik im Unterhaus.

London, 16. März. Um Unterhause richtete Macdonald an die Regierung die Frage, wann Baldwin dem Hause Gelegenheit geben werde, die von Chamberlain vertretene Politik über das Cenotaph-Protokoll zu erörtern. Baldwin schlug vor, die Diskussion am Dienstag nachher zuwohnen, wo sich die Abgeordneten zu treffen. Macdonald fragte sodann, ob bei der Tagung des Völkerbundsrates über die Wiederwahl Raoulis zum Präsidenten der Saarregierung Vereinbarungen getroffen worden seien. Mac Neill erwiderte, Macdonald wisse selbst, daß solche Verhandlungen stattgefunden hätten, und daß, wie er annahme, in Genf tatsächlich Verträge geschlossen seien. (W. T. V.)

London, 16. März. Das offizielle Bulletin der Aerate bestätigt, daß Lord Curzon eine etwas bessere Nacht verbracht habe. Es seien keine weiteren Blutungen eingetreten.

Die Haltung Bayerns zur Präsidentenwahl.

Um die völkische Sonderkandidatur.

Die Gründe für die Abspaltung der Bay. Volkspartei.

Drahtmeldung unser Berliner Schriftleitung.

Berlin, 16. März. Während im Münchner „Völkischen Kurier“, dem Organ Hitlers und damit der eigentlichen Nationalsozialisten, für eine völkische Sonderkandidatur Stimmung gemacht wird, hatte die Deutsche völkische Freiheitsbewegung, unterstützt von den Abordneten Grafe, Wille usw., bereits am Sonntag erklärt, daß sie geschlossen hinter der Kandidatur Jarres stehe. An diesen Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß sich, wie verlautete, General Ludendorff allein von dem nationalsozialistischen Flügel der Völkischen als Kandidat für die Präsidentschaft aufstellen lassen werde. In Bayern sind die Dinge überhaupt aufschlußreicher noch nicht ganz gellert. So wird von der Bayrischen Volkspartei in ihrem parteiamtlichen Organ betont, daß für den Sicher zu erwarten den zweiten Wahlgang die Notwendigkeit einer bürgerlichen nationalen Sammelkandidatur sich unwechselhaft so stark ergeben werde, daß alle Bedenken, die man noch bei der Aufstellung der Kandidaten für den ersten Wahlgang gehabt habe, dahinter aufzulösen müßten. Den Weg für dieses Einigungswerk offen zu halten, gehöre auch zu den Gründen, die das Verhalten der Bayrischen Volkspartei bestimmt hätten. Man begreift dabei allerdings nicht ganz, inwiefern der Sieg dieses Gedankens verhindert worden wäre, wenn die Bayern Dr. Jarres eingetreten wären.

Die Wirtschaftspartei ist bereits rückhaltslos für Dr. Jarres eingetreten,

während bei den Deichhonoroveranera und dem Bayrischen Bauern- und Mittelstandsbund die Entscheidung noch schwelt.

Man würde es gegenreichen können, wenn sie anders ausfallen sollte als die der Wirtschaftspartei.

Jarres.

Drahtmeldung unser Berliner Schriftleitung.

Berlin, 16. März. Die Gründe, aus denen heraus die Reichsparteien Dr. Jarres als ihren Kandidaten für die Präsidentenwahl aufstellen, fügt die „nationalberale Korrespondenz“ noch einmal in einem Artikel zusammen, in dem es heißt:

Welche Eigenschaften muß der Mann besitzen, der zur höchsten Würde des Reiches berufen werden soll? Er muß zunächst ein Mann sein, ein ganzer Mann, dazu ein Staatsmann von politischem Weiblichkeit und ein Mensch von tadellosem Charakter, reinem Lebenswandel und den repräsentativen Fähigkeiten, die die hohe Würde des Reichspräsidenten von ihrem Träger verlangt.

In den partizipativen Unruhen.

die in den Jahren 1919/20 nach Auflösung roter Armeen im Industriegebiet auch die Stadt Duisburg aufs äußerste bedrohten, hat sich Jarres als ein Mann von größtem persönlichen Mut bewiesen. Er war der erste höhere rheinische Beamte, den

die Franzosen vergewaltigten, den sie aber nicht verbrechen konnten. Nach seiner Entlassung aus dem Militärgefängnis in Norden wurde er die Seele jedes nationalen Widerstandes gegen die Einbrechermäkte, dem es Deutschland zu verdanken hat, daß es die moralische Achtung der Welt zurückgewann. Am Tage seiner gewalttamen Auflösung hellten ihm die verschiedenen Organisationen der Duisburger Bevölkerung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerkschaften aller Richtungen usw. das

Beispiel aus: Herr Oberbürgermeister Dr. Carl Jarres ist uns ein leuchtendes Vorbild der Treue zu Reich und Staat und wird es immer bleiben.

Jarres ist auch ein Staatsmann.

Seine vielseitigen politischen Fähigkeiten hat er auf den verantwortungsvollen Posten erwiesen, die er lange gehabt hat. Auf allen diesen Posten war er bestrebt, die wirklich ausnahms- und arbeitswilligen Kräfte ohne Unterreden der Partei und der Person zum Wohle des Ganges zusammenzufassen.

Jarres ist dazu ein Mensch von hohen Charakter-eigenschaften und einer soliden Würde, die ihn besonders geeignet macht, das hohe Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen.

Er ist kein Exponent des Klassenkampfes, noch einseitig parteipolitisch eingestellt. Wäre er das, dann wäre er nicht von den verschiedensten bürgerlichen Parteien, einzelnen Organisationen und Vertretern aller Wirtschaftskreise und Stände, als überparteilicher Kandidat aufgestellt worden. Nach Akademie, als Deutscherland in den letzten Jahren erlitte, kann kein verständiger Deutscher einem Exponenten des Klassenkampfes, wie dem Sozialdemokraten Braun, oder einer Stadtkandidatur wie Marx oder Helsbach seine Stimme geben.

Die Kandidatur Jarres ist die aussichtsreichste von allen anderen, annual die Reichsbannerparteien sich in drei Farben und Parteien aufgliedern: in die Zentrumskandidatur Marx, in die demokratische Kandidatur Helsbach und die sozialdemokratische Kandidatur Braun. Die Kandidatur Jarres faßt alle jene Kräfte zusammen, die im wahrsten und tiefsten Sinne des Wortes fortschrittlich, lebhaftlich und national sind.

Die Untersuchung der Vorgänge in Halle.

Berlin, 16. März. Die Vorgänge während der kommunistischen Versammlung in Halle, bei denen wie jetzt feststeht, 10 Kommunisten getötet wurden, haben zu einer ausgedehnten gerichtlichen Untersuchung über die Schuldfrage geführt. Auf Anordnung des Ministeriums ist die Befreiung der Untersuchung dem Regierungspräsidenten Gräfin übertragen worden. Trotzdem schon ein großes Aufgebot von Verteidigern verommen worden ist, hat man bisher noch keine völlige Klarheit schaffen können, wahrscheinlich wird eine völlige Klarheit überhaupt nicht zu erreichen sein, da die einzelnen Angaben sich häufig widersprechen. Es sei auch, daß die meisten Toten Opfer der Bank geblieben und zum Teil in dem furchtbaren Gedränge einschreckend verstorben sind. Bisher sind über 80 Verletzte festgestellt worden. Der Generalstreik, zu dem die Kommunisten aufgerufen hatten, ist bisher ausgeblichen.

Der Niedergang der Kommunistischen Partei.

Berlin, 16. März. Die Kommunistische Partei hat in den letzten Monaten bei allen Wahlen, zu Parlamenten, Gemeinderatswahlen, Betriebsräten usw. Niedergang der Kommunistischen Partei ist, haben wieder einmal die Stimmen aus Berliner Konsumgenossenschaft beworben, die am Sonntags stattfinden. Aus den 178 Abstimmungsbezirken liegen bis jetzt 188 Resultate vor. Von diesen erhielten die sozialistische Liste 222 Mandate, die Kommunisten 85 und die Unabhängige Sozialdemokratie 1 Mandat. Wenn sich die Mandate der noch ausstehenden 88 Wahlbezirke ebenso verteilen, wie die bisherigen, so haben die Kommunisten eine Einbuße von mindestens 80 Mandaten erlitten, also nicht viel weniger als die Hälfte ihrer Stimmen verloren.

Der französische Kulturkampf.

Der Schulstreik in Elsaß-Lothringen.

Paris, 16. März. Wie Havas aus Straßburg berichtet, sind heute in neuem Maße im Mittelpunkt der Schulen dem Unterricht fernzusehen. — Dem „Tempo“ wird aus Colmar berichtet, daß das Kreisomitee heute früh bereits zwei Aufrufe an die katholischen Eltern erlassen habe, in denen diese aufgefordert werden, den Streik durchzuführen und daß falls sie mit Geldstrafe belegt werden sollten, diese vor ihnen nicht bezahlt zu werden brauchen. Ein weiterer Aufruf ist an die elässischen Bürgermeister gerichtet und fordert die auf den Anordnungen des Unterrichtsstellen hinzu, die die streikende Lehrerschaft gewidmet ist. Nach offiziellen Berichten der Präfekturen vom Oberrhein und Niederrhein fehlten heute vormittags in Straßburg, Colmar und Müllhausen ungefähr 25 Prozent der Schüler. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet. In Städten von geringerer Bedeutung beträgt die Zahl der fehlenden Schüler 50 Prozent, auf dem Lande 60 bis 70 Prozent.

Der Erzbischof von Paris zur Kundgebung der Bischöfe.

Außenhalb des Willens des Heiligen Vaters.

Paris, 16. März. „Le Nouveau“ berichtet: Gestern hat in der Kathedrale Notre Dame der Erzbischof von Paris, Monseigneur Dubois höchst aber bestimmt die Holzung der Kardinäle des Saarouer, die zum Bürgerkrieg aufgerufen. Sicherer Informationen zufolge soll der Erzbischof dies auf Drängen und Anraten des Papstes getan haben, der besonders über die von den hohen Heiligenfeinden Frankreichs an die Republik gerichtete Herausforderung übertraut gewesen sei. Nach dem „Echo de Paris“ soll Dubois in seiner Predigt erklärt haben: Die Kundgebung der Bischöfe ist kein politischer Akt; denn wir machen keine Politik. Die Kirche steht über den und außerhalb der Parteien. Die Erklärung der Bischöfe ist eine einfache Auseinandersetzung. Sie ist eine These dogmatischer und moralischer Theologie. Das, was die Bischöfe geschrieben haben, ist außerhalb des Willens des Heiligen Vaters geschehen. Der apostolische Auctorat hat von der Kundgebung nichts gewußt. (W. T. V.)

„Die Freiheit, die Deutschland Elsaß-Lothringen liebt.“

(Eigner Drahtberichter der Dresden Nachrichten)

Paris, 16. März. Wie aus Colmar gemeldet wird, sind dort eine große katholische Protestkundgebung statt, zu der außer dem Bischof von Straßburg zahlreiche Abgeordnete erschienen waren. Bischöflich ergreift der Abgeordnete Bischof das Wort, um zu erklären, daß das Elsaß niemals die Kriegsgefechte annehmen werde. Es werde sich die Freiheit niemals nehmen lassen, die Deutschland ihm geschenkt habe.

Der Abg. Waller richtete scharfe Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Herrn und befürwortete in einem leichten Appell an die Schulen den Streik, der für heute im ganzen Elsaß angekündigt worden ist.

Der Abg. V. im Vergleich die Politik Herrorts mit der Politik Bismarcks und beschwore die Katholiken, bis zum letzten Blutstropfen sich der Einführung der Kriegsgefechte zu widerlegen.

Dann ergreift der Bischof von Straßburg das Wort. Auch er erklärt, daß die Auffassung des christlichen Konsistoriums legal sei, denn das christliche Gesetz verbietet den Schulen den Streik nicht. Man könne sich also ohne Sträfe und Gewissensbisse mit allen Mitteln der Einführung der interkonfessionellen Schule widersetzen.

Wiederbeginn der Pariser Verhandlungen.

Paris, 16. März. Ministerialdirektor Pöhl, der bekanntlich die vorübergehende Vertretung von Staatssekretär Trendelenburg als Leiter der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen übernommen hat, ist heute vormittag eine Untersuchung dem Regierungspräsidenten Gräfin übertragen worden. Er hatte am Nachmittag eine Besprechung mit Handelsminister Navalov, die der öffentlichen Führungnahme und allgemeiner Ausprache über die Probleme der nächsten Zeit galt. Die nächste Sitzung soll das Arbeitsprogramm endgültig festlegen werden. (W. T. V.)

Oberschlesien um eine Liebesnacht verschachert?

Königgrätz, 16. März. Der Kampf Mussolini gegen seine Gegner wird jetzt mit schärfsten persönlichen Mitteln geführt. So bringt jetzt das Blatt Mussolini, der „Popolo d'Italia“, eine Menge von Entwicklungen über den früheren Außenminister Grafen Scorsa, die für Deutschland von größter Bedeutung sind, da sie sich mit der

Gefechterierung Oberschlesiens an die Polen beziehen. Die Gründe für die partikulare Halbung des Grafen Scorsa den Polen gegenüber werden in einer satirisch gehaltenen Novelle mitgeteilt. Der Novelle aber liegt folgender Tatbestand zugrunde: Graf Scorsa unterhielt mit der Gattin des damaligen polnischen Gesandtschaftssekretärs ein Verhältnis von September 1920 bis Mai 1921. Die Dame wohnte mit ihrem Gatten in einem bekannten Hotel. Allgemein heißt es, daß der Gatte die Bekleidungen des italienischen Außenministers zu seiner Freizeit nicht nur kannte — er hat oft lange auf der Straße gewartet, bis Scorsa das Hotel verließ —, sondern daß er sie auf Wunsch der polnischen Gesandtschaft auch förderte (!!). Dieses Idyll stand durch einen damals nur mit Wüste unterdrückten Eiland ein Ende. Ein Trentiner Arzt und Senator, der den betrunkenen polnischen Diplomaten vor dem Hotel aufgelesen hatte und ihn in sein Schlafzimmer brachte, fand dort den Außenminister und die Diplomatengattin in einer recht heissen Situation. Die Dame und ihr Mann verschwanden dann. Oberschlesien war aber inzwischen schon aufgeteilt worden. Italienischer Ministerpräsident war, als dies geschah, ein anderer Gegner Mussolini, und zwar Giolitti.

Ostpreußen gegen die polnische Bedrohung.

Königgrätz, 16. März. Der Vorstand des ostpreußischen Städtebundes faßte folgende Entschließung: Die „Gazette Warszawska“, das Organ der Nationaldemokratischen Partei Polens, hat fürlich einen Artikel veröffentlicht, in dem nicht der Korridor, sondern die Tatsache, daß Ostpreußen bei Deutschland gebürtig ist, als Quelle des Konflikts bezeichnet wird, daß wer die Bestimmungen des Versailler Vertrages verbergen will, der deutschen Herrschaft in Ostpreußen ein Ende machen müsse. Polen hat also in Ziel, sich Ostpreußen zu bemächtigen, nicht aufzugeben, sondern hält an seinem Plan fest. Das ist um so unerträglicher, als Ostpreußen ein rein deutsches Land ist, wie ja die Abstimmung in Masurien und im Regierungsbezirk Marienwerder aller Welt gezeigt hat. Insbesondere sind die ostpreußischen Städte deutlich und wollen alle Zeit deutsch bleiben. Gegen die polnische Annexion, die immer wieder Polen als Unabhängigkeitsbewegung, legen wie daher namens der ostpreußischen Städtekirchen protest ein. Ostpreußen will mit seinem Mutterland auf ewig verbunden bleiben. (W.T.B.)